

Inhaltsverzeichnis

1. Walter riester
2. SPD
3. Rheinmetall
4. DGB

Walter Riester

Walter Riester (* 27. September 1943 in Kaufbeuren (Allgäu)), Seitenwechsler, Lobbyist, SPD-Mitglied, ehemaliger Bundesminister, ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär, wurde bekannt durch die nach ihm benannte **Riester-Rente**. Bis Juni 2012 war er Mitglied im Aufsichtsrat von **Union Investment**.^[1] Bei Carsten Maschmeyers ehemaligem Konzern **AWD** war Riester als Redner mehrmals zu Gast^[2]; die angedachte Beratertätigkeit für die **MaschmeyerRürup** AG ist nach Angaben von Riester dagegen nie zustande gekommen.^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Wirken	3
2.1 Nebeneinkünfte	3
2.2 Riester-Rente	3
2.3 Wechsel in die Privatwirtschaft	3
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einelnachweise	3

Karriere

- seit 2004: Mitglied im Aufsichtsrat der ArcelorMittal Bremen GmbH^{[4][5]}
- 2009–2012: Mitglied im Aufsichtsrat von Union Investment^[6]
- 2002–2009: Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1999–2001: Mitglied des Vorstandes der **SPD** Bezirk Hessen-Süd
- 1998–2002: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
- 1989–1995: Mitglied des Landesvorstandes und Präsidiums der SPD Baden-Württemberg
- 1993–1998: 2. Vorsitzender der **IG Metall**
- 1988–2005: Mitglied des Bundesparteivorstandes der SPD
- 1988–1993: Bezirksleiter der IG Metall, Bezirk Stuttgart
- 1980–1988: Bezirkssekretär der IG Metall, Bezirk Stuttgart
- 1977–1978: 2. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Geislingen
- 1976–1998: Aufsichtsratmitglied verschiedener deutscher Unternehmen (**Bosch**, **Daimler-Chrysler**, **ThyssenKrupp**, **Audi**, **Rheinmetall**, **Heidelberger Druckmaschinen**, **WMF**)
- 1970–1977: Referatssekretär für Jugendfragen beim **DGB**-Landesbezirk in Stuttgart
- 1969–1970: Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt/M.,

Studienschwerpunkte: Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik, Arbeitsrecht

- seit 1966: Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)^[7]

Wirken

Nebeneinkünfte

Walter Riester hatte diverse Nebentätigkeiten zu seinem Bundestagsmandat mit denen er sich 2008 mindestens 180.000 Euro "hinzu verdiente". Darunter waren zum Großteil Finanzdienstleister wie AWD^[8], die mitunter auch Riester-Renten-Verträge anboten. ^[9]

Riester-Rente

Riester-Rente ist eine vom Staat, durch Zulagen und Sonderausgabenabzugsmöglichkeiten geförderte, privat finanzierte Rente in Deutschland. ^[10]

Wechsel in die Privatwirtschaft

2009 gab Riester sein Bundestagsmandat ab, um sich ganz seinen Tätigkeiten in der Privatwirtschaft zu widmen. Dazu gehörte ein Aufsichtsratsposten bei **Union Investment**, dem größten Anbieter von Riester-Renten-Verträgen. Er sah sich dort jedoch als unabhängiger Berater, wie aus dem Interview der Wirtschaftswoche ersichtlich wird:

WirtschaftsWoche: Herr Riester, ab Oktober sind Sie Aufsichtsrat bei Union Investment, dem größten Anbieter von Riester-Fondssparplänen. Müssten Sie nicht mehr Abstand zur Branche halten?

Riester: Union Investment hatte mich schon vor eineinhalb Jahren für diesen Posten angefragt. Ich finde interessant, dass die einen Unabhängigen im Aufsichtsrat haben wollen. Solange ich im Bundestag war, wollte ich ein solches Mandat jedoch nicht übernehmen. Nun trete ich den Posten im Oktober an, nach meinem Ausscheiden aus dem Parlament. Für mich war es eine Frage politischer Hygiene, das ganz klar zu trennen. ^[11]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Der Drückerkönig und die Politik](#), ARD-Exklusiv Doku/Reportage vom 12. Januar 2011, abgerufen am 18. Januar 2011
2. ↑ [Matthias Thieme: Unwürdig und unanständig Transparency kritisiert Walter Riester und Bert Rürup wegen Maschmeyer-Geschäften](#), Frankfurter Rundschau vom 8. April 2011, Webseite abgerufen am 21. 2. 2013

3. ↑ [Kreis Göppingen Walter Riester ärgert sich über den "Spiegel", NWZ vom 12. September 2012, Webseite swp](#), abgerufen am 21. 2. 2013
4. ↑ [Rieser bei den Stahlwerken](#) www.taz.de, Artikel vom 07.02.2004, abgerufen am 05.08.2022
5. ↑ [Aufsichtsrat der ArcelorMittal Bremen GmbH](#) www.arcelormittal.com, abgerufen am 05.08.2022
6. ↑ [Kreis Göppingen Walter Riester ärgert sich über den "Spiegel", NWZ vom 12. September 2012, Webseite swp](#), abgerufen am 21. 2. 2013
7. ↑ [Curriculum Vitae](#), Website Walter Riester, abgerufen am 27.10.2010
8. ↑ [Der Drückerkönig und die Politik](#), ARD-Exklusiv Doku/Reportage vom 12. Januar 2011, abgerufen am 18. Januar 2011.
9. ↑ [Wg. Riester: Die mit 22 mal mindestens 7000 € erkaufte Zerstörung der sozialen Rentenversicherung](#), Nachdenkseiten.de vom 6. Juli 2007, abgerufen am 27.10.2010
10. ↑ [Riester-Rente boomt weiter](#), Bundesministerium für Arbeit und Soziales vom 25.08.2008, abgerufen am 27.10.2010
11. ↑ ["Kein Sparer ist gekniffen"](#), Wirtschaftswoche-online vom 28.07.2009, abgerufen am 27.10.2010

SPD

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	5
1.1 Bundestagswahl 2025	5
1.2 Bundestagswahl 2021	5
1.3 Bundestagswahl 2017	6
1.4 Bundestagswahl 2013	6
1.5 Bundestagswahl 2009	7
2 Finanzierung	7
2.1 Rechenschaftsberichte	7
2.2 Top-Spender	8
2.3 Gesamteinnahmen	9
2.4 Sponsoring	10
3 Beteiligungen an Unternehmen	10
3.1 Angaben aus dem Rechenschaftsbericht	10
3.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	11
3.3 ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH	11
4 "Rent-a-Sozi" Skandal	12
5 Seitenwechsler:innen	12
6 Weiterführende Informationen	12
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
8 Einelnachweise	12

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Während die SPD in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2021 noch eine klare Position zu mehr Transparenz und Lobbyregulierung vertrat, enthält das Programm der SPD für die Bundestagswahl 2025 keine Forderungen in diesem Bereich mehr.^[1]

Unter der Ampel-Regierung (SPD, Grüne, FDP) kam es 2023 jedoch zu umfassenden Reformen der Lobbyregeln. Diese betreffen die Verschärfung des Lobbyregisters, die Transparenz der Gesetzgebung („exekutiver Fußabdruck“), die Verschärfung der Regeln für Seitenwechsler:innen, sowie eine Reform des Parteiengesetzes u.a. zur Wahlkampffinanzierung (siehe [Lobbyreport 2024](#)). Organisationen wie LobbyControl und Abgeordnetenwatch sehen aber weiterhin [Handlungsbedarf](#).

In einem Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 15.03.2021 hatte sich die Partei außerdem für eine jährliche Höchstgrenze für Parteispenden ausgesprochen (100.000€ pro Spender:in).^[2]

Bundestagswahl 2021

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 ist die Forderung nach einem "legislativen und exekutiven Fußabdruck"^[3] zu finden, um den "Einfluss von Lobbyist*innen bei Gesetzesentwürfen sichtbar"^[4] zu machen. Diesen forderte die SPD schon seit langem (s.u., Bundestagswahl 2013), und kritisierte die Union zuletzt wegen ihrer Blockadehaltung gegenüber weitergehender Transparenz im Rahmen der Diskussion um des Lobbyregistergesetz.^[5] Auch will die SPD laut Parteiprogramm erreichen, dass Abgeordnete ihre Einkünfte auf Euro und Cent angeben müssen (eine Forderung, die nach Veröffentlichung des Parteiprogramms noch in der laufenden Legislatur durch die Neufassung des Abgeordnetengesetzes umgesetzt wurde; siehe dazu: [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#)). Auch soll die Anzeigepflicht für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen verschärft werden und es soll klar geregelt werden, wann ein Interessenkonflikt besteht und wie dieser zu lösen ist.^[6]

In einem Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 15.03.2021 sprach sich die Partei außerdem für eine jährliche Höchstgrenze für Parteispenden aus (100.000€ pro Spender:in).^[2]

Für die umfassendere Wirkung des Lobbyregisters, dass nun nämlich nicht nur die Interessenvertretung gegenüber dem Bundestag, sondern auch gegenüber der Bundesregierung registrierungspflichtig ist, hatte im Sommer 2020 **Olaf Scholz** gesorgt. Während einer Befragung im Bundestag zum Cum-Ex-Skandal sagte der damalige Vize-Kanzler und Finanzminister, er persönlich glaube, dass die Regeln für Lobbyist:innen gegenüber dem Bundestag wie der Bundesregierung gleichermaßen gelten müssten.^[7]

Politiker:innen der SPD kritisierten die Union und ihre fehlende Bereitschaft zur Verabschiedung von mehr und umfassenderen Transparenzregeln immer wieder während der Legislatur, die 2021 endete.^[8]

Bundestagswahl 2017

Die SPD ist beim Thema Lobbykontrolle deutlich offener als die Union. Allerdings hat sie sich besonders in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode allzu verhalten gezeigt, die Blockadehaltung der Union nur zaghaft kritisiert und – wie beim Lobbyregister – im Bundestag gegen ihre eigene Programmatik gestimmt. Positiv hervorzuheben ist, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen 2013 zwei Punkte gegen die Union durchsetzte:

- eine gesetzliche Abkühlphase, auch Karenzzeit genannt, für die Kanzlerin, Minister:innen sowie Parlamentarische Staatssekretär:innen vor einem Wechsel zu Unternehmen oder Verbänden sowie
- einen verschärften Straftatbestand für Abgeordnetenbestechung.

Zwar wollte auch die SPD eine Karenzzeit zunächst nur durch eine freiwillige Selbstverpflichtung regeln. Angesichts mehrerer spektakulärer Fälle von Seitenwechseln (z.B. Ronald Pofalla zur Deutschen Bahn AG, Dirk Niebel zu Rheinmetall) veränderte sich diese Haltung aber. Am Ende kam ein Gesetz heraus, das weiter ging als SPD und Union es zunächst angestrebt hatten.

Trotz schwächen der Fassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung setzte Deutschland hiermit als letzter EU-Mitgliedsstaat die UN-Konvention gegen Korruption endlich um – mehr als zehn Jahre nach ihrer Unterzeichnung durch Rot-Grün.

In Folge des „Rent-a-Sozi“-Skandals im Herbst 2016, kündigte die SPD an, eine gesetzliche Offenlegung des Sponsorings noch vor der Bundestagswahl durchzusetzen. Ihren wenig weitreichenden Gesetzentwurf dazu brachte sie dann jedoch nicht ins Parlament ein.

Zudem erarbeitete die SPD im Schatten der „Rent-a-Sozi“-Affäre einen deutlich umfassenderen Gesetzesentwurf zu einem verpflichtenden Lobbyregister. Die Forderung hiernach fand Einzug in das SPD-Wahlprogramm. Dort versprach die SPD zudem eine legislative Fußspur (von ihr „exeutive Fußspur“ genannt) und eine Offenlegung von Abgeordneten-Nebeneinkünften auf Euro und Cent. Im Bereich der Parteienfinanzierung wollte die SPD Parteispenden auf 100.000 Euro pro Spender:innen und Jahr begrenzen und Sponsoring in den Rechenschaftsberichten offenlegen. Diesen Vorstoß brachte sie nicht ins Parlament ein.

Bundestagswahl 2013

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter:innen in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker:innen, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. [\[9\]](#) Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#). [\[10\]](#)

- Fazit von [LobbyControl](#) zur Stellungnahme der SPD:

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von [LobbyControl](#) im Grundsatz. Bei einigen Punkten gibt es jedoch Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungs-mitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker:innen, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. [\[11\]](#)

- Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften der SPD:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von [LobbyControl](#) zurück. [\[12\]](#)

Finanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 98.230.735,01 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 23.111.761,04 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf [Lobbyeinflüsse](#) bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der SPD

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht
2012

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der SPD in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	330.005 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Deutsche Vermögensberatung	261.001 €	
Hans-Dieter Lochmann	217.077,6 €	
Verband der Chemischen Industrie (VCI)	174.500 €	
Ralf Pollmeier	182.303,92 €	Spenden von Ralf Pollmeier, Pollmeier Massivholz GmbH & Co. KG und Pollmeier Schnittholz GmbH & Co. KG
Dr. Theiss Naturwaren GmbH	251.500 €	
Christian Pegel	112.298,52 €	
Trockland Projects Holding GmbH	95.800 €	

Munich RE	120.000 €	Spenden von Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, ERGO Versicherungsgruppe AG sowie ERGO Group AG
Allianz	120.000 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispender-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	53,1 7	30,9 5	54,5 3	34,0 9	54,5 2	31,8 8	53,3 3	33,1 4	53,0 8	31,3 7
Mandatsträgerbeiträge	-	-	27,1 1	15,7 8	26,7 9	16,7 5	25,5 6	14,9 9	25,4 8	15,8 4	26,2 8	15,5 3
Spenden von natürlichen Personen	-	-	7,7 0	4,4 8	7,4 3	4,6 4	14,0 0	8,1 7	9,7 2	6,0 4	11,1 1	6,5 7
Spenden von juristischen Personen	-	-	1,5 7	0,9 2	1,8 1	1,1 3	3,4 9	2,0 3	1,9 5	1,2 1	2,2 2	1,3 1
Aus Unternehmensaktivität und Beteiligungen	-	-	0,0 0	0,0 0	0,0 0	0,0 0	4,4 1	2,5 7	0,0 3	0,1 9	0,6 5	0,3 8
Aus sonstigem Vermögen	-	-	16,2 6	9,4 6	7,8 9	4,9 3	7,2 1	4,2 1	8,8 8	5,5 2	9,1 9	5,4 3
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	9,6 0	5,5 9	7,6 9	4,8 1	5,6 2	3,2 8	5,5 1	3,3 4	10,4 5	6,1 8
Staatliche Mittel	-	-	51,3 1	29,8 6	47,7 5	29,8 6	56,1 1	37,7 2	54,3 8	33,8 1	55,7 1	32,9 3
Sonstige	-	-	0,5 9	0,3 4	1,0 5	0,6 6	0,5 4	0,3 2	1,3 2	0,8 2	0,5 2	0,0 3
Summe	-		172,83 Mio €	159,94 Mio €	171,46 Mio €	160,84 Mio €	169,21 Mio €					

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %										
Mitgliedsbeiträge	53,7 7	31,1 9	51,7 1	31,1 2	49,2 6	31,4 2	49,5 8	30,6 2	49,9 8	30,8 9	49,5 6	30,2 1

Mandatsträgerbeiträge	26,2 9	15,2 5	26,2 9	15,7 9	25,6 1	16,3 4	25,4 2	16,2 1	24,4 6	15,1 1	23,6 2	14,3 5
Spenden von natürlichen Personen	7, 9	4,5 7	11,3 8	6,8 5	8,9 9	5,7 4	8,0 2	5,1 2	12,5 8	7,7 7	12,0 5	7,3 3
Spenden von juristischen Personen	1,5 2	0,8 8	3,1 7	1,9 1	2, 1	1,3 4	2, 9	1,7 7	1, 9	1,2 9	2, 5	1,6 0
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	7,4 0	4, 3	5, 3	3,1 9	2,1 8	1,3 9	2,1 8	1,3 9	2,1 3	1,3 2	3, 2	1,9 3
Aus sonstigem Vermögen	7,3 9	4,2 9	6,8 5	4,1 2	6,5 8	4, 2	6,8 0	4,3 4	7,7 1	4,7 6	9,0 9	5,5 2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	9,9 9	5,8 0	11,6 9	7,0 3	10,8 3	6,9 1	12,3 5	7,8 7	12,7 9	7,9 1	15,2 5	9,2 7
Staatliche Mittel	56,7 7	32,9 3	49,2 1	29,6 2	50,7 9	32,3 9	50,0 8	31,9 3	48,6 5	30,0 6	47, 9	29,1 1
Sonstige	1,3 6	0,7 9	0,6 1	0,3 7	0,4 2	0,2 7	0,5 8	0,3 7	0,9 9	0,6 1	0,9 6	0,5 8
Summe	172,39 Mio € 166,14 Mio € 156,79 Mio € 156,84 Mio € 161,83 Mio € 164,6 Mio €											

Quellen: [\[13\]](#)

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mitgliedsbeiträge der SPD aus dem Jahr 2020 beliefen sich auf 53,296 Mio € und wurden auf 53,3 Mio € aufgerundet.

Sponsoring

Die Einnahmen des Parteivorstands aus Sponsoring und Vermietung von Standflächern veröffentlicht die SPD [hier](#).

Beteiligungen an Unternehmen

Angaben aus dem Rechenschaftsbericht

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die SPD 100 %-Beteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin
- Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH, Nürnberg
- GHB Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hagen
- GSK Grundstücksverwaltung und Kommunikationsservice GmbH, Düsseldorf
- Konzentration GmbH, Berlin
- MüPo-Verlag GmbH, Berlin
- Offenbacher Abendblatt Grundstücksbesitzgesellschaft mbH, Offenbach
- Presse und Bildung im Bezirk Hessen-Süd der SPD Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt
- Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Berlin

- Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin Stresemannstr./Wilhelmstr. mbH, Berlin
- Verwaltungsgesellschaft für Treuhandgrundstück Odeonstr. 15/16 mbH, Hannover
- Volkshaus Karl Hölleskamp & Co. GmbH, Herne

Zu den unmittelbaren Beteiligungen gehören:

- ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH (100 %), Berlin
- DDV Mediengruppe GmbH & Co. KG (40 %), Dresden
- Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG (23,08 %), Hannover
- Druck- und Verlagsanstalt „Neue Presse GmbH“ (30 %), Coburg
- Frankenpost Verlag GmbH (35 %), Hof/Saale
- Presse Druck GmbH (100 %), Berlin

Zu den mittelbaren Beteiligungen gehört die Neue Westfälische Beteiligungs GmbH & Co. KG (100 %).

Das Haus- und Grundvermögen wurde zum Stichtag 31.12.2018 mit ca. 92 Mio. Euro bewertet, die Beteiligung an Unternehmen mit ca. 344 Mio. Euro.

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Die 1971 gegründete [Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH](#) (ddvg) ist eine Holdinggesellschaft, in der die Unternehmensbeteiligungen der SPD gebündelt sind. Der klassische Schwerpunkt liegt im Bereich der regionalen Tageszeitungen sowie der Druckereien. Investiert wurde weiterhin in Zeitschriften, das Tourismusgeschäft und Handelsgeschäfte. Die Beteiligungen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören die 100 %-Beteiligung an der Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG (Neue Westfälische), die 23,1%-Beteiligung an der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG (u.a. Hannoversche Allgemeine) und die 100%-Beteiligung FFR Ferien-, Freizeit und ReiseService GmbH. Der Jahresüberschuss der Holding betrug 2022 ca. 3,5 Mio. Euro, das Eigenkapital lag 2022 bei 60,8 Mio. Euro. [\[14\]](#) Die vereinnahmten Gewinne werden im Rechenschaftsbericht der SPD nach den Vorschriften des Parteiengesetzes ausgewiesen. [\[15\]](#)

Weiterführende Informationen: [Geschäftsbericht 2022 der ddvg](#), [Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Beteiligung von Bundestagsparteien an Medienunternehmen - Kalenderjahr 2019](#), [Deutschlandfunk: Das Unternehmensimperium der SPD](#), 02.02.2001

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH

Die ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH ist ein SPD-eigene Kommunikationsagentur. Bis 2017 trug das Unternehmen den Namen Network Media GmbH und war für den ["Rent-a-Sozi" Skandal](#) verantwortlich, bei dem es gegen Bezahlung Treffen mit SPD-Regierungsmitgliedern anbot. In der Folge benannte sich die Agentur um. [\[16\]](#)

Heute betätigt sie sich in den Bereichen Design, Event, Kampagne, Podcast, Text, Vermarktung/Sponsoring und Video und arbeitet neben der SPD u.a. für Gewerkschaften, Stiftungen und Institute. Die Agentur gehört zur Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH, dem Unternehmensbereich der SPD. Dadurch ist die ASK indirekt ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der SPD. [\[16\]](#)

Das ZDF-Magazin Frontal21 fand heraus, dass Unternehmen und Lobbygruppen über die NWMD gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro Treffen mit SPD-Ministern, Staatssekretären und Partefunktionären buchen können. Näheres zum Skandal ist [hier](#) einsehbar.

"Rent-a-Sozi" Skandal

Nach Recherchen des ZDF-Magazins Frontal 21 bot die SPD-Tochterfirma Network Media GmbH (NWMD) bis 2016 Treffen mit SPD-Minister:innen, Staatssekretär:innen und Partefunktionär:innen gegen Geldzahlungen an. [2] Unternehmen und Lobbygruppen konnten gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro an den sogenannten „vorwärts-Gesprächen“ teilnehmen. Laut Frontal21 nahmen die damalige SPD-Generalsekretärin Katharina Barley, der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil und sogar die damaligen Regierungsmitglieder Heiko Maas (Bundesjustizminister), Andrea Nahles (Bundesarbeitsministerin) und Matthias Machnig (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) an "vorwärts-Gesprächen" teil. [2]

Die SPD-Agentur NWMD bestätigte dem ZDF, dass gesponserte Gespräche mit SPD-Spitzenpolitikern stattgefunden haben. Die genaue Anzahl nannte die Agentur nicht. Das ZDF zitiert ein Schreiben der Agentur, dass es in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt „weniger als 10 Gespräche dieser Art pro Jahr“ gegeben hätte. Die Agentur erklärte weiter: „Weder der vorwärts noch NWMD "verkaufen" Gesprächstermine mit Entscheidern gegen Geld. NWMD versucht, Partner zu finden, die jene Kosten tragen, die mit einer solchen Veranstaltung verbunden sind.“ In einer ersten eigenen Stellungnahme behauptete NWMD, dass der Vorabbericht von Frontal 21 wesentliche Fakten ausblende. [2]

Frontal21 berichtete von einem „vorwärts-Gespräch“ mit Justizminister Heiko Maas im Oktober 2016. Sponsor dieses Treffens zum Thema „Datenschutz in der digitalen Welt“ sei die niederländische Bank Ing-Diba gewesen. Maas habe erklärt, er habe von dem Sponsoring nichts gewusst. Ing-Diba nannte als Zweck des Treffens ein Kennenlernen. [2]

Die bei der NVMD Verantwortlichen mussten ihre Positionen aufgeben, politische Konsequenzen blieben aus. [17][18]

Seitenwechsler:innen

Eine Auflistung von Politiker:innen der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler:innen fallen

Weiterführende Informationen

- Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025 spd.de, 11.01.2025, abgerufen am 18.02.2025.

2. ↑ [2,02,12,22,32,42,5](#) [Beschluss des SPD-Parteivorstands am 15.03.2021](#), [spd.de](#), abgerufen am 07.03.2025 Referenzfehler: Ungültiges <ref>-Tag. Der Name „:0“ wurde mehrere Male mit einem unterschiedlichen Inhalt definiert.
3. ↑ [SPD Wahlprogramm 2021](#), [spd.de](#), abgerufen am 23.12.2021.
4. ↑ [SPD Wahlprogramm 2021](#), [spd.de](#), abgerufen am 23.12.2021.
5. ↑ [Exekutiver Fußabdruck fehlt: Transparency sieht Mängel in Lobbyregister](#), [ntv.de](#) vom 25.03.2021, abgerufen am 23.12.2021.
6. ↑ [SPD Wahlprogramm 2021](#), [spd.de](#), abgerufen am 23.12.2021.
7. ↑ [Plenarprotokoll 19/172 vom 09.09.2020](#) [Bundestag](#), abgerufen am 13.12.2021.
8. ↑ vgl. etwa [SPD zu Wirecard: Lobby stößt bei Union auf "offene Ohren"](#), [AFP](#) vom 22.06.2021, abgerufen am 23.12.2021.
9. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von [LobbyControl](#), abgerufen am 20.9.2013
10. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von [LobbyControl](#), abgerufen am 20.9.2013
11. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von [LobbyControl](#), abgerufen am 11.11.2010
12. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von [LobbyControl](#), abgerufen am 11.11.2010
13. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), [bundestag.de](#), abgerufen am 28.07.2022
14. ↑ [Geschäftsbericht 2022](#), [ddvg.de](#), abgerufen am 20.11.2024
15. ↑ [Unternehmens-Verfassung](#), [ddvg.de](#), abgerufen am 18.05.2022
16. ↑ [16,016,1](#) [Handelsregister](#), [handelsregister.de](#), abgerufen am 02.12.25
17. ↑ [SPD beendet "Rent a Sozi"](#), [spiegel.de](#) vom 23.11.2016, abgerufen am 18.09.2024
18. ↑ [Politiker mieten: Geht immer noch](#), Website von [LobbyControl](#) vom 04.07.2017, abgerufen am 18.09.2024

Rheinmetall

Die **Rheinmetall AG** ist eine der führenden deutschen Hersteller von Rüstungsgütern.^[1] Die Firma profitiert oft von staatlichen Aufträgen und betreibt Lobbyismus auf Bundes- und EU-Ebene. Dabei hat sie über Verbände und Netzwerkvereine wie den [Förderkreis Deutsches Heer](#), die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#), den [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#), den [Wirtschaftsrat der CDU](#) oder das [Wirtschaftsforum der SPD](#) direkten Draht zu Politiker:innen.

Das Bundeskartellamt genehmigt im Januar 2025 die Gründung eines Joint Ventures zwischen der Rheinmetall AG und [Aerospace, Defence and Security | Leonardo](#). Zu gleichen Teilen sind die Unternehmen an dem Joint Venture [Leonardo - Rheinmetall Military Vehicles](#) beteiligt.

Im Februar 2025 wurde durch eine ZEIT Recherche bekannt, dass eine Tochterfirma von Rheinmetall im Januar 2025 mindestens acht Abgeordneten, die in Haushalts- und Verteidigungsausschüssen an der Vergabe von Rüstungsaufträgen beteiligt waren, Geld für ihren Wahlkampf geboten hatte.^[2]

Rheinmetall AG

Branche	Automobil-/Rüstungsindustrie
Hauptsitz	Rheinmetall Platz 1, 40476 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Square de Meeûs 21, 1050 Brüssel
Webadresse	www.rheinmetall.com

Seit Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (SPD, Bundesminister a.D.) Mitglied im Aufsichtsrat.

In der Vergangenheit kam es zu mehreren Seitenwechseln von Abgeordneten zur Rheinmetall AG.

Im Mai 2017 wurde der ehemalige Bundesverteidigungsminister und zeitweise Bundesarbeitsminister **Franz-Josef Jung** (CDU) in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt.

Seit Januar 2015 ist der ehemalige Entwicklungsminister **Dirk Niebel** (FDP) als Cheflobbyist für Rheinmetall tätig.

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder und Finanzen	14
2 Unternehmensstruktur	14
2.1 Vorstand	14
2.2 Aufsichtsrat	15
2.3 Cheflobbyist	15
2.4 Lobbyismus in der EU	15
2.5 Mitgliedschaften	15
3 Fallbeispiele und Kritik	16
3.1 Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025	16
3.2 Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018	16
3.3 Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014	17
3.4 Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)	17
3.5 Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)	18
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	18
5 Weiterführende Links	18
6 Einelnachweise	18

Geschäftsfelder und Finanzen

Die Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist auf dem Gebiet der Automobilzulieferung und der Verteidigungstechnik tätig. 2024 lag der Konzernumsatz bei 9,75 Milliarden Euro (35,9% mehr als im Vorjahr).^[3] Die Rheinmetall AG beschäftigt über 31.000 Mitarbeitende.^[4]

Unternehmensstruktur

Vorstand

- Armin Papperger (Vorstandsvorsitzender), Präsident des **Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie** (BDSV)
- Vera Saal
- Klaus Neumann
- René Gansauge

(Stand: März 2025)

Quelle: [\[5\]](#)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

- Im Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (Bundesminister a.D.) von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt werden.
- 2017 wurde Franz-Josef Jung (CDU), ehemaliger Bundesverteidigungsminister (2005 bis 2009), noch während seines Bundestagsmandats in den Aufsichtsrat gewählt. [\[6\]](#)

Cheflobbyist

2014 wurde [Dirk Niebel](#) (FDP) zum Cheflobbyisten von Rheinmetall ernannt (offizielle Zuständigkeit: Beratung der Mitglieder des Konzernvorstands in allen Fragen und Aufgaben der internationalen Strategieentwicklung und beim Ausbau der globalen Regierungsbeziehungen). [\[7\]](#)[\[8\]](#)

Niebel war von 2009 bis 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist seit 2014 als selbstständiger Politik- und Unternehmensberater (Niebel International Consulting) tätig. [\[9\]](#)

Der Seitenwechsel zur Rheinmetall AG sorgte öffentlich für Empörung, da Niebel während seiner Zeit als Minister Mitglied im Bundessicherheitsrat war und somit auch an Entscheidungen über Waffenexporte und Genehmigungen für Projekte u.a. von Rheinmetall beteiligt war. [\[10\]](#)

Lobbyismus in der EU

Person mit rechtlicher Verantwortung des Lobby-Büros in Brüssel ist

- Charles Philippe Dijon de Monteton

Die geschätzten Kosten von Rheinmetall für in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters der EU fallende Tätigkeit lagen im Jahr 2023 zwischen 500.000 und 599.000 Euro. [\[11\]](#)

Mitgliedschaften

Rheinmetall ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. \(BDSV\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)

Fallbeispiele und Kritik

Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025

Im Februar 2025 wurde durch Recherchen der Zeit bekannt, dass die Rheinmetall AG im Januar 2025 über ihre Tochtergesellschaft Blackned GmbH acht Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Haushalt- und Verteidigungsausschuss Spenden angeboten hatte. Diese Zuwendungen wurden mit der Begründung getätigt, die Abgeordneten seien aufgrund ihrer Ausschusszugehörigkeit in wichtigen Entscheidungen zu Verteidigungsprojekten eingebunden. [\[2\]](#)

Peter Obermark – Director Governmental Affairs der Blackned GmbH – soll den Vorgang bestätigt haben. [\[2\]](#)

Die Spenden, die sich laut Obermark auf jeweils unter 2.000€ belaufen haben sollen, flossen zwischen der Behandlung von zwei wichtigen Verteidigungsprojekten im Haushaltshausschuss des Bundestages. Im Dezember 2024 wurde dort ein Projekt zur IT-Systemintegration, im Wert von 1,2 Milliarden Euro gebilligt (Auftragsnehmerinnen sind anteilig Rheinmetall Electronics und die Tochterfirma Blackned GmbH) und im Januar 2025 ein Projekt zur Entwicklung eines taktischen Wide Area Networks für landbasierte Operationen genehmigt (Gesamtvertragswert 5,5 Milliarden Euro, davon rund 40 Millionen Euro für Blackned). [\[2\]](#)

Die Spendenpraxis wurde von einigen Abgeordneten, darunter dem Grünen-Politiker Sebastian Schäfer, der eine Spende von Blackned zurückgewiesen hatte, scharf kritisiert. Die Gruppe BSW reichte im Februar 2025 einen Antrag bei der Bundestagspräsidentin ein, indem sie darum bat, die Spenden veröffentlichen und prüfen zu lassen. [\[12\]](#)

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018

2018 berichteten der Stern und das ARD-Magazin Report München, dass Rheinmetall trotz eines Waffenexportverbots der Bundesregierung über Tochterfirmen in Italien und Südafrika weiterhin Wehrprodukte nach Saudi-Arabien lieferte. Der Wert der Lieferungen soll sich 2018 auf über 100 Millionen Euro pro Jahr belaufen haben. [\[13\]](#)

Die staatliche Rüstungsholding Saudi-Arabian Military Industries (SAMI) wurde von 2017 bis 2020 vom ehemaligen Rheinmetall-Vorstand Andreas Schwer geführt. [\[13\]](#) Mindestens drei weitere ehemalige Rheinmetall-Führungskräfte sollen zu der Zeit ebenfalls für SAMI tätig gewesen sein. 2018 soll SAMI unter der Führung Schwers versucht haben, den südafrikanischen Rüstungskonzern Denel zu übernehmen. Dieser hält auch Anteile an einem Gemeinschaftsbetrieb mit Rheinmetall (Rheinmetall Denel Munition). [\[14\]](#)

Wegen des Waffenembargos gegenüber Saudi-Arabien drohte Rheinmetall dem Wirtschaftsministerium in einem Brief im Januar 2019 mit einer Klage auf Schadensersatzzahlungen für Umsatzausfälle von ursprünglich genehmigten Exporten. [\[15\]](#)

Das Waffenexportverbot nach Saudi Arabien, das aufgrund der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi, sowie der Beteiligung des Regimes am Jemen-Krieg in Deutschland seit Ende 2018 bestand, wurde 2024 durch Export-Genehmigungen für Kampfjets und Raketen formal aufgehoben. [\[16\]](#)

Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014

2011 schlossen Rheinmetall und der staatliche russische Rüstungskonzern Oboronservice AG einen Vertrag zur Errichtung eines hochmodernen Gefechtsübungszentrums im russischen Mulino ab. Rheinmetall sollte die Bauteile liefern. Das Exportvorhaben von Rheinmetall wurde 2011 von der damaligen Bundesregierung (CDU und FDP) gebilligt. Rheinmetall schrieb über das Projekt auf dessen Homepage: „Damit wird in der Wolga-Region bis 2014 die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung entstehen, in der pro Jahr bis zu 30.000 Soldaten ausgebildet werden können.“^[17]

Im Frühjahr 2014 wurde die Exportgenehmigung von dem neuen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) aufgrund der Annexion der Krim durch Russland jedoch zurückgezogen. Rheinmetall forderte von der Bundesregierung daraufhin 130 Millionen Euro Schadensersatz und argumentierte damit, dass der Deal auch von der Bundesregierung „massiv unterstützt“ worden sei. Ein Eilverfahren wurde jedoch zurückgewiesen. Das Projekt wurde schließlich von der Oboronservice AG fertiggestellt.^[17]

2024 sichtete WDR Investigativ geheime Prozessunterlagen aus dem Jahr 2014, die Pläne für weitere Ausbildungsanlagen in einem Wert von insgesamt einer Milliarde Euro beinhalten sollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Rheinmetall, der Bundeswehr und der Bundesregierung bei damaligen Rüstungsvorhaben nahelegen.^[17]

So sollen die Pläne für das Gefechtszentrum 2009 „maßgeblich unter Beteiligung des Verteidigungsministeriums“, das damals unter Führung von Franz-Josef Jung (CDU) stand, entworfen worden sein. Seit Mai 2017 sitzt Jung im Aufsichtsrat der Rheinmetall AG.^{[17][6]}

Der spätere Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) soll sich bei seinem einzigen Besuch in Moskau im September 2011 auch mit dem Chef der „Oboronservice AG“ getroffen haben. Später teilte er mit, dass Deutschland ein Interesse „an einer modernen russischen Armee, die gut geführt ist“ habe. Deutsche Soldaten sollen zudem mehrmals in Mulino zu Besuch gewesen sein, um russische Soldaten in die „neue Technik einzuweisen“.

Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)

Die Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Air Defence (RAD) mit Sitz in Zürich soll nach Auffassung des indischen Central Bureau of Investigation (CBI) gemeinsam mit SAN Swiss Arms im Jahr 2009 Luftabwehrgeschütze im Wert von 2,5 Milliarden Dollar an Indien verkauft und dafür Bestechungsgelder in Höhe von 26 Tausend Euro an einen früheren Verantwortlichen der zentralen Rüstungsbeschaffung gezahlt haben.^[18]

Die indischen Behörden setzten Rheinmetall daraufhin auf eine schwarze Liste und schlossen den Konzern von 2012 bis 2022 von Rüstungsgeschäften mit Indien aus. 2011 soll Rheinmetall laut Ermittlungen der indischen Behörden einem indischen Waffenhändler und Lobbyisten 400.000 Euro überwiesen haben, um das indische Verteidigungsministerium dazu zu bewegen, Rheinmetall von der schwarzen Liste zu streichen.
^[19] Die Vorwürfe werden von Rheinmetall bestritten.

Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)

Im Januar 2014 berichtete der *Spiegel* von Ermittlungen deutscher und griechischer Staatsanwälte gegen Rheinmetall wegen Steuerhinterziehung und Bestechung.^[20] Der frühere Griechenland-Präsident der Rheinmetall-Tochter STN Atlas, **Panagiotis Efstathiou**, soll beim Verkauf von U-Boot-Ausrüstung und einem Flugabwehrsystem Militärs und Beamte des griechischen Verteidigungsministeriums mit mehreren Millionen Euro geschmiert und dafür Provisionsgelder erhalten haben.^[21] Das Unternehmen soll hierfür insgesamt rund 42 Millionen Euro aufgewendet haben.^[22]

Die Vorwürfe wurden zunächst von Rheinmetall bestritten, 2014 gab der Konzern zum Abschluss des Verfahrens der Bremer Staatsanwaltschaft jedoch zu, Schmiergelder gezahlt zu haben und forcierte im Nachgang auch die interne Aufklärung.^[23]

Rheinmetall wurde in dem Fall mit einem Bußgeld von 37 Millionen Euro belegt. Schadensersatzansprüche gegen drei Ex-Vorstände, darunter Ex-Konzernchef **Klaus Eberhard**, denen wegen der Schmiergeldaffäre Organisationsversagen vorgeworfen wurde, wurden über einen Vergleich in Höhe von 6,75 Millionen Euro mit deren Haftpflichtversicherungen für Rheinmetall erledigt.^[24]

Dabei gab der Konzern an, dass der Schaden des Unternehmens sich insgesamt auf 90 Millionen Euro belaute (42 Millionen Euro Provision an den griechischen Vermittler, Geldbuße von über 37 Millionen Euro sowie gut vier Millionen Euro für die eigene Aufklärung und Anwälte).^[24]

Der ehemalige griechische Verteidigungsminister (1996 - 2001) **Akis Tsochadzopoulos** wurde zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren verurteilt, für den Vermittler Efstathiou wurden neun Jahre auf Bewährung ausgesprochen.^[25]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Weiterführende Links

- [NGO: German firms mired in worst Greek corruption scandals since WWII](#), Euractiv.de vom 31.08.2015.

Einelnachweise

1. ↑ globaler Vergleich: [Top 100Rüstungsunternehmen weltweit nach Umsatz im Rüstungsbereich von 2015 bis 2020](#), statista.com, abgerufen am 21.01.2022.
2. ↑ [Wollte sich eine Rheinmetall-Tochter Abgeordnete gewogen machen?](#), zeit.de, 11.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
3. ↑ [Rheinmetall AG](#), statista.com vom 19.01.2022, abgerufen am 28.12.2023.
4. ↑ [Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025
5. ↑ [Der Vorstand der Rheinmetall AG](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025

6. ↑ [6,06,1](#) [Ex-Verteidigungsminister Jung ist neuer Aufsichtsrat](#), spiegel.de, 10.05.2017, abgerufen am 25.03.2025
7. ↑ [Pressemitteilung Rheinmetall vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Rheinmetall](#), abgerufen am 2. Juli 2014, archiviert am 8.7.2014, zuletzt aufgerufen am 26.5.2016
8. ↑ [Germany promises change as arms sales draw scrutiny](#), Reuters.com vom 23.07.2014, abgerufen am 21.01.2022.
9. ↑ [Curriculum Vitae von Dirk Niebel](#), niebel-international-consulting.de, abgerufen am 27.03.2025
10. ↑ [Timo Lange: Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall](#), [Stellungnahme von Lobbycontrol vom 1. Juli 2014](#), Webseite Lobbycontrol, abgerufen am 25. 7. 2014
11. ↑ [EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 27.03.2025
12. ↑ [Weitere Rüstungsspenden an Politik](#), zeit.de, 20.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
13. ↑ [13,013,1](#) [Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gehen indirekt weiter](#), stern.de, 04.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
14. ↑ [So helfen Deutsche, Saudi-Arabien aufzurüsten – allen Sanktionen zum Trotz](#), stern.de, 18.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
15. ↑ [Rheinmetall droht Bundesregierung mit Klage](#), ntv.de vom 20.01.2019, abgerufen am 20.01.2022.
16. ↑ [Deutschland genehmigt Waffenlieferungen an Saudi-Arabien](#), tagesschau.de, 10.01.2024, abgerufen am 27.03.2025
17. ↑ [17,017,117,217,3](#) [Geplatzte Milliardenträume](#), tagesschau.de, 03.03.2024, abgerufen am 27.03.2025
18. ↑ [Lukas Häuptli: Rüstungsfirmen unter Korruptionsverdacht](#), Neue Zürcher Zeitung online vom 27. Oktober 2013, Webseite abgerufen am 28. 7. 2014
19. ↑ [Korruptionsverdacht bei Rheinmetall](#), n-tv.de, 30.08.2013, abgerufen am 27.03.2025
20. ↑ [Schmiergeldermittlungen in ehemaligem Unternehmen von BDI-Präsident Ulrich Grillo](#), SPIEGEL vom 26. Januar 2014, Webseite Spiegel, abgerufen am 25. 7. 2014
21. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Zeit.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
22. ↑ [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panzer-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
23. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
24. ↑ [24,024,1](#) [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panzer-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
25. ↑ [The Greek Submarine Scandal](#), Corruption-Tracker.org vom 27.11.2020, abgerufen am 21.01.2022.

DGB

Weiterleitung nach:

- [Deutscher Gewerkschaftsbund](#)